

DIE ZUKUNFT DES STROMAUSGLEICHSMARKTES



Janis Timma [Jānis Timma]

Vorsitzender des Vorstands des Lettischen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen-Verbands

13. Oktober 2024

In Lettland könnten sich die lange kritisierten Erdgas-KWK-Anlagen, die einst im Zuge der Abschaffung der obligatorischen Beschaffungskomponente (auf Lettisch: OIK, Obligātā iepirkuma komponente) stillgelegt wurden, nun als wertvoller Aktivposten auf dem Stromausgleichsmarkt erweisen. Im Gegensatz zu anderen Technologien zur Energiegewinnung, die mehrere Stunden benötigen, um effizient hochzufahren, lassen sich Erdgas-KWK-Anlagen mit geringer Kapazität deutlich schneller in Betrieb nehmen. Die Strommarktvorgabe, dass solche Anlagen innerhalb von 12 Minuten betriebsbereit sein müssen, ist somit durchaus realistisch.

Derzeit arbeiten mehrere Mitglieder des Verbands daran, diese stillgelegten KWK-Anlagen wieder in Betrieb zu nehmen und am Stromausgleichsmarkt teilzunehmen. Die installierte Gesamtkapazität dieser Anlagen liegt bei 20–25 MW. Wie bekannt, planen alle drei baltischen Staaten, sich im Februar 2025 vom gemeinsamen Stromübertragungsnetz BRELL zu trennen, das bislang Lettland, Estland, Litauen, Russland und Weißrussland verbindet. Auch wenn Lettland und seine baltischen Nachbarn bereits keinen Strom mehr aus Russland und Weißrussland beziehen, erfüllt das Netz weiterhin eine wichtige Funktion für den Stromausgleich.

Um diese Herausforderung zu bewältigen, treibt der Staat den Bau von drei Batterieparks mit einer Gesamtkapazität von 80 MW voran. Ihre Inbetriebnahme ist jedoch erst für Ende 2025 vorgesehen – also Monate nach der geplanten Abkopplung vom BRELL-Netz im Februar 2025. Trotz der offiziellen Erklärungen zur Bereitschaft Lettlands, diesen Schritt zu gehen, bleibt die Umsetzung eine große Herausforderung. Es ist absehbar, dass die Preise für Ausgleichsleistungen auf dem Strommarkt erheblich steigen könnten. Hinzu kommt die schwierige Beschaffung neuer Netzanschlüsse für Batterieprojekte sowie regulatorische

Hürden, die den Prozess zusätzlich erschweren.

Laut AS „Augstsprieguma tīkls“ beträgt die erforderliche Kapazität für den Netzstabilitätsausgleich in den drei baltischen Staaten insgesamt 1500 MW – davon 900 MW an zuschaltbarer und 600 MW an abschaltbarer Leistung.

Auswirkungen auf Stromerzeuger

Wichtig ist, dass die Preise für Ausgleichsleistungen keinen direkten Einfluss auf die Endkundenpreise haben. Die Kosten für den Stromausgleich tragen die Erzeuger und Lieferanten, die für ungenaue Prognosen verantwortlich sind. Ein Beispiel: Falls ein Stromerzeuger für den nächsten Tag eine Einspeisung von 100 MWh in das Nordpool-Netz ankündigt, aber nur 50 MWh liefert, entsteht eine Differenz von 50 MWh. Diese muss dann durch einen anderen Anbieter kompensiert werden, der kurzfristig seine Anlagen hochfährt.

Diese Veränderungen haben große Auswirkungen auf die Stromerzeuger: Während sie bislang mit stabilen, vorhersehbaren Tarifen arbeiteten, wird der Markt nun zunehmend dynamisch. Statt festgelegter Tagespreise erfolgen Anpassungen stündlich – künftig möglicherweise sogar alle 15 Minuten. Die Marktteilnehmer müssen daher darauf vorbereitet sein, ihre Anlagen mehrmals täglich hoch- und herunterzufahren. Dies erfordert einen hohen Automatisierungsgrad und eine präzise Fernsteuerung der Anlagen.

Je mehr wetterabhängige, erneuerbare und schwer vorhersehbare Energiequellen ins Netz integriert werden, desto größer wird der Bedarf an flexiblen Ausgleichskapazitäten. Eines ist jedoch klar: Die Zukunft Europas – und auch Lettlands – gehört der grünen Energie. Deshalb muss frühzeitig die richtige Infrastruktur geschaffen werden.

Verzögerungen in der Vorbereitung

Die Bemühungen der AS „Augstsprieguma tīkls“ und die enge Zusammenarbeit mit den Stromerzeugern sind lobenswert. Der Zertifizierungsprozess für Anbieter von Ausgleichsdiensten läuft auf Hochtouren, und viele Unternehmen rüsten ihre Anlagen entsprechend um. Doch angesichts der geopolitischen Lage stellt sich die Frage, ob dieser Prozess nicht früher hätte begonnen werden können.

Jetzt, wenige Monate vor der Trennung vom BRELL-Netz, laufen die Zertifizierungen erst an – dabei steht der Herbst bereits vor der Tür. Eine frühzeitige politische Priorisierung dieses Themas hätte den Übergang möglicherweise reibungsloser gestaltet.